



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/X/258 - 8. November 1955

Einweisung

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Ollenhauer zu Genf	S. 1
Der arabisch - israelische Konflikt	S. 3
Genf in Pankower Sicht	S. 5
Auf dem Weg zur Einparteien-Herrschaft	S. 7

Ollenhauer: Alle Chancen nützen !

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer hatte in Genf die Freundlichkeit, dem Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Peter Raunau, eine Reihe von Fragen zur augenblicklichen Genfer Situation zu beantworten.

Frage: Das deutsche Interesse an der Genfer Konferenz konzentriert sich selbstverständlich in erster Linie auf die Chancen, in der Frage der Wiedervereinigung weiterzukommen. Darf ich zunächst fragen, Herr Ollenhauer, wie Sie diese Chancen im Augenblick beurteilen ?

Antwort: Jedenfalls nicht so negativ wie das hier in Genf vor allem ausserhalb der Delegation selbst Mode geworden zu sein scheint. Mit der Betrachtungsweise, die Sache ist endgültig verfahren, kommt man keinen Schritt weiter. Ausserdem stimmt eine solche Auffassung auch nicht mit den Tatsachen überein.

Frage: Aber worauf stützt sich konkret ihre Zuversicht?

Antwort: Zunächst darf man nicht vergessen, dass es sich bei dieser Vereinigung Deutschlands um einen langen Prozess handeln wird und schon vor Genf war niemand so töricht, zu glauben, hier werde sich das Wunder der deutschen Einheit vollziehen. Da aber nur eine mühsame Ent-

wicklung zum Ziele führen kann, sind die Ausgangspositionen wichtig, von denen aus man operiert. Und hier gibt es durchaus eine Reihe von Gemeinsamkeiten: Beide Seiten haben der engen Verbindung von Wiedervereinigung und Sicherheitsfrage zugestimmt, haben sich zur gemeinsamen Verpflichtung, für die Wiedervereinigung einzutreten, bekannt, haben sich auch im Prinzip mit freien Wahlen einverstanden erklärt. Beide Seiten wissen schliesslich, dass eine auf die Dauer vorenthaltene deutsche Einheit in Deutschland einen Nationalismus züchten könnte, den niemand will.

Frage:Sind diese Übereinstimmungen nicht aber doch recht akademischer Natur? Gerade Genf hat doch wieder gezeigt, wie verschieden, ja gegensätzlich das ist, was beide Seiten etwa unter dem Jurktim Wiedervereinigung und Sicherheit, unter freien Wahlen usw. verstehen.

Antwort:Sicher. Aber da die gemeinsame Verpflichtung auf bestimmte Grundsätze besteht, wird man ihnen schliesslich auch einen gemeinsamen Inhalt geben können, auch wenn das noch so lange dauern mag. Jedenfalls ist in dieser Hinsicht die Situation wesentlich günstiger als zu einer Zeit, in der die enge Verpflichtung von deutscher Einheit und europäischer Sicherheit noch nicht anerkannter Grundsatz war, die Sowjets freie Wahlen auch im Prinzip noch nicht anerkannt hatten und kein Mensch wagte, auf konkrete Sicherheitsabreden zu hoffen. Gerade in dieser letzten Frage sind aber unverkennbare Fortschritte erzielt worden.

Frage:Worin sehen Sie diese Fortschritte, Herr Ollenhauer?

Antwort:Nun, auch der amerikanische Aussenminister Dulles hat Fortschritte sogar in einer offiziellen Sitzung der Vier anerkannt und unterstrichen. Sie bestehen u.a. in einer Anerkennung der Auffassungen über den stufenweisen Abbau der Rüstungen, über die Schaffung einer Zone mit begrenzter und kontrollierter Bewaffnung, über deren Grösse freilich noch nichts bekannt ist, darin, dass die Sowjets nicht mehr auf eine terminierte Auflösung der NATO bestehen.

Frage:Das ist richtig, aber da solche Fortschritte nicht von entsprechenden realen Fortschritten in der Deutschlandfrage begleitet

sind, für die Westmächte und wohl auch für die Bundesrepublik die These gilt, dass Sicherheitsvereinbarungen erst in Kraft treten dürfen, wenn auch die Frage der Wiedervereinigung geregelt ist - hängen da nicht Fortschritte in der Sicherheitsfrage, wie Sie sie erwähnten, sozusagen in der Luft?

Antwort: Einstweilen, wenn man es absolut so sehen will, ja. Darum hat ja auch die SPD so nachdrücklich und immer wieder gefordert, den Sowjets die Frage zu stellen, wie sie sich den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands, mit dem sie sich abfinden könnten, vorstellen. Das ist das Scharnier der beiden miteinander gekoppelten Probleme. Diese Frage ist aber leider bis heute noch nicht gestellt worden. Hoffentlich holt man recht bald das Versäumte nach.

Frage: Nun wird ja in letzter Zeit von den Sowjets und sowjetzonalen Stellen ein anderer Gesichtspunkt neben dem Bestehen der Pariser Verträge immer stärker als ein weiteres Haupthindernis für mögliche Vereinbarungen über die deutsche Frage herausgestellt. Der Gesichtspunkt nämlich, dass die sogenannten sozialen Errungenschaften in der Sowjetzone bei einer Wiedervereinigung nicht einfach aufgegeben werden dürfen.

Antwort: Man soll auch das nicht überbewerten, glaube ich. Es ist auch bezeichnend, dass in diesem Punkt die sowjetzonalen Stimmen sehr viel lauter sind als die Sowjets selbst. Auch das ist eine Forderung, vielleicht eine Maximalforderung, die der Osten zum Gegenstand von Verhandlungen machen möchte, mehr nicht.

Frage: Im engen Zusammenhang damit steht das Thema der Ost-West-Kontakte im innerdeutschen Sinne. Könnten Sie sich noch dazu kurz äußern?

Antwort: Die von der Deutschen Sozialdemokratie vorgelegten Vorschläge zur Genfer Außenministerkonferenz enthalten auch dazu sehr konkrete Feststellungen. Wir denken nicht daran, irgendeine politische Anerkennung des Pankow-Regimes mit solchen praktischen Massnahmen und Schritten zu verbinden. Die Grenzen, innerhalb deren sich Beziehungen dieser Art zu bewegen hätten, sind genau abgesteckt. Da ist jede Sicherheit vor schädlichem Missbrauch gegeben. Man muss aber den Mut haben, solche technischen Vereinbarungen zu treffen, denn sie liegen im Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

Israel vertraut auf seine eigene Stärke

I.D., Tel-Aviv

Die Regierungsbildung in Israel, die nach den am 26. Juli stattgefundenen Wahlen drei Monate auf sich warten liess, ist endlich mit Ben-Gurion als Staatschef zustande gekommen. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung lagen darin begründet, dass durch den Stimmenverlust der sozialistischen MAPAI - der an sich stärksten Partei des Landes - eine breite Koalition nötig geworden war. Ben Gurion musste seine Partner aus den Reihen der links von der MAPAI stehenden, halb-kommunistischen ACHDUTH HAAVODA und der MAPAI suchen, die im Grunde Gegner der westlich orientierten Aussenpolitik Ben-Gurions sind und dem Religiösen Block, der die Forderung nach dem Verbot der Schweinezucht und der Einstellung jeglichen Transportes am Schabbath zur Bedingung für einen Eintritt in die Regierung gemacht hatte. Der wieder aufflammende israelisch-arabische Konflikt hat die Parteien zur Einigung geführt.

Der gleiche Grund - wenn auch mit anderem Vorzeichen - hält die Einigkeit der arabischen Welt aufrecht. Der Zusammenhalt der arabischen Liga-1945 aus den Staaten Ägypten, Irak, Syrien, Lybien, Libanon, Jordanien, Jemen und Saudi-Arabien gegründet - wurde ursprünglich durch die gemeinsame Religion und durch die Furcht vor einer Ausdehnung des westlichen Imperialismus gefördert. Heute binden diese Staaten die Feindschaft zu und nicht zuletzt auch die Furcht vor Israel.

Zwischen den beiden mächtigsten arabischen Staaten - Ägypten und Irak - bestanden jedoch schon immer wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Der Irak unterhält eine westlich-orientierte Aussenpolitik, die ihren Niederschlag in dem Türkisch-Irakischen Pakt, dem auch Grossbritannien angehört, gefunden hat. Ägypten betrachtet die westliche Politik mit Misstrauen. Sollten diese beiden Staaten - die Eckpfeiler der arabischen Liga - einmal durch ihre gegensätzliche Aussenpolitik in Konflikt geraten, so würde zweifellos das mühsam aufrechtgehaltene Gebäude der Arabischen Liga abzubrockeln beginnen. Für die kleinen arabischen Staaten - insbesondere Saudi-Arabien, Syrien und Libanon - wäre der Neutralismus die günstige Politik. Sie fürchten einerseits den westlichen Imperialismus, wie sie ihn verstehen; andererseits liess

der Westen ihre feudale Gesellschaftsordnung unangetastet. Im sowjetischen Einfluss auf ihr Gebiet erkennen sie eine Gefahr für die innere Sicherheit ihrer Länder.

Ägypten ist der unbestrittene Führer der Arabischen Liga im Kampf gegen Israel. Es hat den Anschein, als habe der Westen nie recht an die kriegerischen Absichten des Herrn Nasser gegen Israel geglaubt - auch wenn er ständig von einer 'zweiten Runde' sprach und verkündete, dass Israel Frieden haben könne, wenn es von der Welt verschwinde. Trotz dieser Reden, die auch von Anschuldigungen gegen den Westen nur so strotzten, glaubte man im Westen, Nasser sei im Grunde 'ihr' Mann. Seine Äusserungen hätten nur den Sinn, die nationalistischen Gefühle seines Volkes wach zu halten.

Hier hat sich nun die Sowjetunion eingeschaltet, und sie hält Ägypten ihre helfende Hand nicht zum Vergnügen hin. Der Gedanke, dass der Zustand des Status quo im Mittleren Osten keine Möglichkeiten der Einflussnahme von russischer Seite bietet, hingegen das Herbeiführen von offenen Konflikten eine günstige Atmosphäre für die russische Politik schaffen kann, beherrscht die Herren des Kreml. Es hat sich in Europa und in Asien erwiesen, dass die Übergangsperiode von Krieg und Frieden für den Kommunismus der geeignetste Moment ist, sich einzuschalten. Im Nahen Osten wären die Bedingungen für den Kommunismus im Falle eines Krieges zwischen den arabischen Staaten und Israel geradezu ideal - weniger im Falle Israels als im Falle der arabischen Länder, in denen die missliche Lage der Massen dringend einer Abänderung bedarf.

Russland kann also durch die tschechischen Waffenlieferungen an Ägypten und dem Anfachen des so lange schon schwelenden Feuers nur gewinnen, aber nichts verlieren.

Israel jedoch fühlt sich wieder einmal vom Westen, den es verschiedene Male um einen Sicherheitspakt gebeten hat, und der nichts Entscheidendes zur Lösung des acht Jahre alten Problems getan hat, im Stich gelassen. Es bleibt diesem kleinen Staat nur das Vertrauen auf seine eigene Stärke und Einigkeit. Ben-Gurion, der machtvollste Politiker Israels, wird die Garantie für die willensstarke Kraft seines Landes sein, der sich nunmehr alle politischen Parteien - mit Ausnahme der unbedeutenden Kommunisten - beugen.

Im Pankower Spiegel

33., Berlin

Die Art, wie sich die Genfer Aussenministerkonferenz in der Berichterstattung und Kommentierung in der SED-Presse und im Ostberliner Rundfunk widerspiegelt, hat sich bisher nicht von der schon immer üblichen Praxis unterschieden. Die Erklärungen Molotows wurden im Wortlaut veröffentlicht, während die Stellungnahmen der westlichen Konferenzpartner nur bruchstückhaft und in geschickter Auswahl der für die östliche Argumentation ergiebigen Zitate wiedergegeben werden.

Die Kommentierungspraxis in Ostberlin deutet nicht mit einem einzigen Gedanken etwa Möglichkeiten der Entwicklung an, die nicht aus den bisherigen amtlichen Verlautbarungen der Sowjets, sei es den Erklärungen Molotows oder des sowjetrussischen Pressechefs Iljitschow, zu entnehmen sind. Umso mehr aber diskutiert man in Kreisen des Ostberliner Aussenministeriums die weiteren Möglichkeiten des Konferenzverlaufes. Es liegen in Pankow offensichtlich aufgrund der engen Kontakte zu sowjetischen Stellen Berichte vor, nach denen Molotow zwecks Erweiterung seines Vorschlages in der Deutschland-Frage, einen gesamtdeutschen Rat zu bilden, weitere 'Anregungen' in Reserve hat, die in gewisser Beziehung dem Standpunkt der Westmächte entgegenkommen könnten.

So wollen gut unterrichtete Kreise im sowjetzonalen Aussenministerium in der Luisenstrasse wissen, dass der sowjetische Aussenminister gegebenenfalls der Genfer Konferenz eine Wahl der für den "gesamtdeutschen Rat" bestimmten Vertreter der Bundesrepublik und der Sowjetzone vorschlagen könnte, die nach dem sowjetischen Plan über die Wiedervereinigung Deutschlands beraten sollen. In Ostberlin gibt man sich dabei der Hoffnung und Erwartung hin, dass diese 'Wahl', wenigstens was die sowjetzonalen Vertreter betrifft, in der bisher in der Sowjetzone üblichen Weise, d.h. durch Nominierung der Kandidaten durch die kommunistische "Nationale Front" erfolgt. Man scheint sich jedoch auch in Pankow nicht hundertprozentig vor Moskauer Kehrtwendungen sicher zu sein. In diesem Sinne ist vielleicht die ebenfalls in den letzten Tagen im Pankower Aussenministerium umlaufende Ansicht zu deuten, als härteste Konzession gegenüber dem Westen wäre Moskau viel-

8. 11. 1955

leicht mit einer Neutralisation Gesamtdeutschland einverstanden.

Das sind alles wohlgerne nur Anzeichen, die am Pankower Horizont für die Möglichkeit neuer sowjetischer Vorschläge zu notieren sind, während die SED-Presse selbst in ihren Kommentaren keinen Schritt von den offiziellen sowjetischen Stellungnahmen in Genf abweicht. Umso willkommener sind aber den Propagandaorganen des Zentralkomitees der SED Berichte und Kommentare westeuropäischer Zeitungen, aus denen Pankow entnehmen zu können glaubt, die Westmächte könnten vielleicht doch noch unter Ausserachtlassung des starren Junktims von europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung zu einer Einigung mit den Sowjets in der Sicherheitsfrage bereit sein. Der von amerikanischen und französischen Zeitungen seit Freitag gezeigte Optimismus wird von der Pankower Presse als Beweis dafür betrachtet, dass sich der sowjet-russische Standpunkt in der Frage der europäischen Sicherheit durchzusetzen beginnt.

In dieser Linie liegt auch die immer wieder in der SED-Presse wiederholte und mit dem Hinweis auf westliche Zeitungsberichte gestützte Feststellung, dass die Westmächte weitgehend 'über Bonn hinweg' eine Verständigung mit Moskau suchten. In solchem Zusammenhang passt auch ein von der SED-Presse breit zitierter Bericht der 'New York Times' Pankow in den Kram, in dem es heisst, die Aussenminister der Westmächte äusserten sich täglich zu Fragen, die die Zukunft Westdeutschlands unmittelbar berühren, ohne dass die Beobachter der Bonner Regierung konsultiert würden. Die Mitglieder dieser Beobachterdelegation sassen und warteten täglich, bis sie ein Vertreter der westlichen Delegation darüber 'informiert', was während des Tages geschehen sei. Um die Wirkung dieser westlichen Pressestimme auf die Leser der SED-Zeitung voll zum Tage zu bringen, setzt 'Neues Deutschland' neben den Bericht der NYT eine Meldung: "Ständiger Kontakt Molotow - Handke", um auf diese Weise zu demonstrieren, wie ganz anders die Zusammenarbeit auf östlicher Seite sei. - Es kann nicht bestritten werden, dass die Passivität der Bonner Beobachtergruppe Blankenhorn - Grewe in Genf angesichts der Aktivität der Pankower offiziellen Beobachter den Ostberliner Kommentatoren die Behauptung leicht macht, dass das Bonner Pferd in Genf nur unter 'ferner liefen' notiert wird.

### Kräfteverschiebung im Kabinett

sp. In der bundesrepublikanischen Innenpolitik vollzog sich ein erstaunlicher Vorgang: Bei einem, wie die bisher seit 1953 stattgefundenen Landtagswahlen beweisen, dauernden und wohl nicht mehr aufzuhaltenden Kräfteschwund - sie verlor im Durchschnitt bis zu einem Drittel an Stimmen - verstand es die CDU/CSU, ihre Positionen im Kabinett zu verstärken. Zwei Jahre nach dem 6. September 1953 wird die Bundesrepublik fast ausschliesslich von der CDU/CSU regiert, obwohl ihr Einfluss bei den Wählern stark zurückgegangen ist.

Die grösste Regierungspartei besetzte damals von 21 Sitzen im Kabinett elf Sitze; mit der Besetzung des Bundesverteidigungsministeriums, des Aussenministeriums und des neugeschaffenen Ministeriums für Atomenergie stieg ihr Anteil auf 14 Sitze. Dazu kommen die vom BHE ausgeschiedenen Minister Kraft und Oberländer, macht zusammen 16. Von den zwei Ministern der DP ist bekannt, dass sie stets im Schatten ihres übermächtigen Bruders wandeln. Mit 18 Sitzen von 22 ist die CDU/CSU wohl in der Lage, alle von ihr gewollten Entscheidungen durchzusetzen.

Bei dieser Zusammensetzung spielt die FDP eine unglückliche und einflusslose Rolle, und dies um so mehr, als ihr repräsentativster Mann, der Vizekanzler Blücher, sich nicht gerade durch Oppositionsgeist auszeichnet und wiederholt sich im Gegensatz zur Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion befand. So stimmte er als einziger FDP-Minister für das Saarstatut - eine politische Fehlentscheidung, die ihm innerhalb der eigenen Partei gewiss keine Lorbeeren eintrug.

Praktisch hat die FDP im Kabinett an Gewicht verloren, ihre Stimme zählt nicht viel. An der Mitwirkung politischer Entscheidungen, soweit sie im Kabinett vorbereitet werden, ist sie kaum noch beteiligt. Wohl nicht de jure doch de facto ist in Bonn fast die Einparteien-Herrschaft erreicht - ein ungesunder, der demokratischen Entwicklung nicht bekömmlicher Zustand, weil diese Bonner Entwicklung auf höchster Regierungsebene sich im Gegensatz zu der bei den Wählern eingetretenen Kräfteverschiebung befindet.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau